



Pressemitteilung der SVP URI vom 26. April 2011 zur Gemeindefusionsreform

SVP URI lehnt von oben diktierte Gemeindefusionen ab

Die Schweiz hat sich dereinst für Demokratie und Föderalismus (und das damit zusammenhängende Subsidiaritätsprinzip) entschieden. Dadurch werden die politischen Entscheide möglichst dezentral beim und vom Bürger gefällt. Die kleinste politische Einheit und dem Bürger am nächsten stehende Einheit ist dabei die Gemeinde. Diese ist nicht einfach kleinstes Vollzugsorgan, sondern die bürgernaheste Entscheidungsebene. Aufgrund dieser Überlegungen lehnt die SVP URI von oben diktierte Gemeindefusionen ab. Gemeindefusionen müssen schlank und frei von unten kommen und dürfen nicht erzwungen werden.

Aktuell darf festgestellt werden, dass die Urner Regierung in ihren Pressemitteilungen und im Bericht an den Landrat sich nicht getraut, das von ihnen beabsichtigte Vorgehen bei der Gemeindefusionsreform beim Namen zu nennen. Anstelle von einem „Diktat von oben“ spricht sie lieber von „Gemeindefusionen sollen erleichtert werden“ (Pressemitteilung der Justizdirektion vom 21. März 2011). Tatsächlich enthält der aktuelle Bericht des Regierungsrats an den Landrat zur Gemeindefusionsreform alle Zutaten, um den Weg für undemokratische Zwangsfusionen frei zu machen. Die SVP URI nimmt befremdet zur Kenntnis, wie leichtsinnig bestehende, bewährte und traditionell gewachsene Strukturen über Bord geworfen werden sollen. Die SVP URI ortet folgende Hauptkritikpunkte:

Nichts konkretes zu den Fusionsanreizen

Als Förderungsmassnahmen betitelt der Regierungsrat die finanziellen Anreize, um den Behörden, Politikern und den BürgernInnen Gemeindefusionen schmackhaft zu machen. Böse Zungen sprechen auch von Wahlbestechung (vgl. dazu Artikel 281 des Schweiz. Strafgesetzbuches der wie folgt lautet: Wer einem Stimmberechtigten ein Geschenk oder einen anderen Vorteil anbietet, verspricht, gibt oder zukommen lässt, damit er in einem bestimmten Sinne stimme oder wähle, (...)). Doch bezüglich der Höhe oder des Woher der Projektbeiträge, des Fusionsbeitrages und des Fusionsbonus enthält der Bericht nichts konkretes. Schade.

Nichts konkretes zu den Korporationsbürgergemeinden

Erstaunlicherweise propagiert der Regierungsrat Gemeindefusionen nur bei den Einwohnergemeinden (und teilweise auch bei den Ortsbürgergemeinden). Dies obwohl eine Fusion bei den Einwohnergemeinden unweigerlich unmittelbare resp. mittelbare Auswirkungen auf die Kirchgemeinden und vor allem auch auf die Korporationsbürgergemeinden hätte. Für die SVP URI ist deshalb die Einbeziehung der Kirchgemeinden und der Korporationsbürgergemeinden eine unerlässliche Bedingung für das weitere Vorgehen.

Aussagen zu den Auswirkungen auf Feuerwehren oder Poststellen sucht man vergebens. Auch eine Dezentralisation von bereits zentralisierten Aufgaben scheint für den Regierungsrat kein Thema zu sein.

Kein Klartext zu den finanziellen Auswirkungen

Offenheit und Transparenz erwartet die SVP URI auch bezüglich der finanziellen Auswirkungen. Bekanntlich hat es sich in der Vergangenheit als falsch erwiesen und lässt sich auch nicht mit Zahlen belegen, dass fusionierte Gemeinden effizienter als kleinere Gebilde arbeiten. Selbst hartgesottene Fusionsapostel ziehen es in der Regel vor, nicht über die ökonomischen Konsequenzen zu sprechen. Die Gründe liegen auf der Hand. Bestehende Infrastrukturen genügen nicht mehr, die Verwaltung wird in mehr Funktionen aufgliedert und feiner differenziert, mehr Fachspezialisten kommen zum Einsatz und die Gemeindeansätze würden erhöht. Die sogenannte Professionalisierung lässt unter dem Strich vor allem die Kostenspirale munter drehen.

Aushebelung der Bürgernähe

Die Volkssouveränität ist in Gefahr. Machtkonzentrationen hebeln automatisch die Bürgernähe aus. Gemeinden sind die Urzelle der Demokratie, ein bodenständiger Keim für viel Bewährtes..

Abbau der Gemeindeautonomie

Die Urner Bevölkerung ist in den seit über hundert Jahren bestehenden Gemeinden fest verwurzelt und gewillt, die Autonomie ihrer politischen Gemeinde zu erhalten. Die Gemeindeautonomie ist ein wesentlicher Grundpfeiler des schweizerischen Systems von Föderalismus und direkter Demokratie. Das politische Entscheidungsrecht gehört in einer eigenständigen Gemeinde zur Lebensqualität. Die Gemeindeautonomie soll laut Bericht des Regierungsrats möglichst gewahrt werden. Das stimmt natürlich nicht. Im Bericht werden auf der ganzen Linie zentralistische Bestrebungen anvisiert. Am Ende sollen alle Fäden beim Kanton zusammenlaufen. Bei näherer Betrachtung des Gemeindestrukturereformberichtes verfügen die maximal sieben neu zusammengewürfelten Gemeinden nach Abschluss der geplanten Übung über weniger Gestaltungsmöglichkeiten als die von den Reformern zum grössten Teil als nicht mehr selbständig entwicklungsfähig eingestuften Gemeinden.

Notfalls mit Zwang

Offensichtlich um ein Diktat von oben handelt es sich bei der beabsichtigten Zwangsfusionsmöglichkeit. Schon fast als unverschämt erachtet es die SVP URI, dass unter dem Titel der Erleichterung Mittel geschaffen werden sollen, die die Möglichkeit eröffnen, über die Köpfe der Bevölkerung hinweg Fusionen durchzusetzen. Mittels dieser Zwangsfusionen würde die direkte Demokratie nahezu vollkommen ausgehebelt. Selbstverständlich wäre dies die ultima ratio, doch die schwammige Formulierung der Voraussetzungen für eine Zwangsfusion lässt nichts Gutes erwarten.

Was ist zu tun? In diesem Sinne geht die SVP URI von einer grundlegenden Überarbeitung des Berichts zur Gemeindestrukturereform aus. Die SVP URI wird die weitere Entwicklung der Gemeindestrukturereform weiterhin genau im Auge behalten und sich nicht scheuen an der öffentlichen Diskussion bezüglich der Vor- und Nachteile sich klar, ehrlich und konsequent darüber zu äussern.

SVP URI

Für Fragen und Auskünfte:

Landrat Gusti Planzer, Präsident SVP URI
Telefon 078 892 81 41

Versand an:

mail@urnerwochenblatt.ch; redaktion@neue-uz.ch; andrea.keller@srdrs.ch; regilu@srdrs.ch;
erwin.haas@tagesanzeiger.ch; karin.portmann@srdrs.ch; redaktion@radiocentral.ch; m.merki@nzz.ch;
newsredaktion@sunshine.ch; redaktion@radio-pilatus.ch; redaktion@tele1.ch